

Informationen aus dem Gemeinderat

Am vergangenen Montag hat der Gemeinderat über die nachfolgenden Tagesordnungspunkte beraten und Beschluss gefasst.

1. Bürgerfragestunde

In der Bürgerfragestunde wurde eine Anfrage an die Verwaltung herangetragen und beantwortet.

2. Bauanträge

Dem Gemeinderat lagen drei Anträge zur Entscheidung vor. In allen drei Fällen –einer Wohnbebauung, einem Gewerbebetrieb und dem Seniorenzentrum in der Unteren Matte– erteilte der Gemeinderat das planungsrechtliche Einvernehmen nach dem Baugesetzbuch.

3. Bebauungsplan „Lindle - 2013“

1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Offenlage
2. Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat hat am 15. Juli 2013 beschlossen, für den Bereich „Lindle – 2013“ einen Bebauungsplan aufzustellen. Anlass sowie Ziel und Zweck der Aufstellung ist die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB vom 2. Oktober 2015 bis 2. November 2015 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die betroffene Öffentlichkeit zur Stellungnahme aufgefordert.

Die im Laufe der öffentlichen Auslegung von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie von der betroffenen Öffentlichkeit vorgebrachten Anregungen zum Aufstellungsentwurf lagen dem Gemeinderat vor. Herr Burkart vom Planungsbüro Fischer erläuterte die eingegangenen Anregungen und die jeweiligen Beschlussvorschläge.

Nach Abwägung aller Belange untereinander und gegeneinander fasste der Gemeinderat über die Satzung Beschluss.

Auf die Öffentlichen Bekanntmachungen wird verwiesen.

4. Zustimmung zur Übertragung der Verwaltung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks der Jagdgenossenschaft Ortenberg

Der gemeinschaftliche Jagdbezirk der Jagdgenossenschaft Ortenberg ist bis 2020 verpachtet. Der Jagdpächter hat jedoch aufgrund eines Wildschadens das im Jagdpachtvertrag vereinbarte Sonderkündigungsrecht geltend gemacht. Der Pachtvertrag läuft daher zum 31. März 2016 aus.

Der gemeinschaftliche Jagdbezirk der Jagdgenossenschaft Ortenberg ist daher zum 1. April 2016 neu zu verpachten. Das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG) fordert unter anderem auch die Änderung der Satzung der Jagdgenossenschaft.

Der Satzungsentwurf regelt unter anderem auch die Übertragung der Verwaltung der Jagdgenossenschaft und der rechtlichen Vertretung auf den Gemeinderat.

In der am 17. Februar stattfindenden Jagdgenossenschaftsversammlung wird vorgeschlagen, die Übertragung der Verwaltung der Jagdgenossenschaft auf den Gemeinderat für die Dauer von sechs Jahren zu beschließen. Die Übertragung ist gemäß § 15 Abs. 7 JWMG nur rechtmäßig, wenn der Gemeinderat der Übertragung zustimmt.

Der Gemeinderat beschloss daher die Übertragung auf den Gemeinderat anzunehmen, sofern sie in der Jagdgenossenschaftsversammlung am 17. Februar so beschlossen werden sollte.

5. Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften – Zustimmung zur Kalkulation eines weiteren Benutzungsentgelts

Am 16. November 2016 hat der Gemeinderat gemäß § 4 der Gemeindeordnung die Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünften beschlossen.

Da die Gemeinde Ortenberg in wenigen Wochen Wohnraum für die Unterbringung von weiteren Flüchtlingen anmieten wird, ist nun auch die Satzung anzupassen. Aufgrund der Satzung ist es der Gemeinde möglich, die entstehenden Aufwendungen für Miete und Nebenkosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz direkt beim Leistungsträger (Landratsamt Ortenaukreis) geltend zu machen.

Der Gemeinderat beschloss daher die Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften in aktualisierter Fassung. Die Satzung tritt am 1. März 2016 in Kraft.

Auf die öffentliche Bekanntmachung wird verwiesen.

6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Es wurden keine zu veröffentlichenden Beschlüsse gefasst.

7. Verschiedenes/Mitteilungen

Der Bürgermeister informierte über folgende Punkte:

- Die Jagdgenossenschaftsversammlung findet am 17. Februar 2016 statt.
- Die nächste Gemeinderatssitzung ist für den 21. März 2016 geplant.
- Zur Sanierungsmaßnahme „Neuer Weg“ findet für die Angrenzer und die Öffentlichkeit am 29. Februar 2016 eine Informationsveranstaltung in der Schlossberghalle statt.
- Die Personalentscheidung für die Besetzung der Ausbildungsstelle ab September 2016 wurde zwischenzeitlich getroffen.
- In der vergangenen Woche wurde mit einem Vermieter ein weiterer Mietvertrag von Flüchtlingen im Rahmen der Anschlussunterbringung abgeschlossen. Der Gemeinde

Ortenberg wird in den nächsten Wochen eine Familie aus dem Irak zugewiesen werden. Die Familie sind weder Moslems noch Christen sondern gehören der jesidischen Glaubensgemeinschaft an.

- Ortskernsanierung:

Der Gemeinde wurden für die Durchführung der Ortskernsanierung weitere 400.000 EUR staatliche Fördermittel zugesagt. Die nunmehr 1,1 Millionen Fördermittel stehen zur Sanierung von öffentlichen und privaten Maßnahmen zur Verfügung.

Der Bürgermeister bittet aber um Verständnis, dass nur Grundstückseigentümer innerhalb des Sanierungsgebietes und diese nur dann, wenn die den Förderrichtlinien festgelegten Bedingungen erfüllt werden, gefördert werden können.

Das ursprünglich beantragte erheblich größere Sanierungsgebiet musste nach Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium deutlich verkleinert werden, um überhaupt in das Förderprogramm aufgenommen zu werden. Daher beschränkt sich dieser Förderabschnitt nun auf den „Ortskern“ u.a. mit Erneuerungsmaßnahmen in der Hauptstraße mit den ortsbildprägenden Bereichen „Kirchplatz“, Einmündung Bühlweg, Einmündung Freudental, Gesamtareal Dorfplatz, den öffentlichen Einrichtungen altes Rathaus, altes Schulhaus und Farrenstall. Man stützte sich bei der Festlegung des Sanierungsgebiets auch auf das Ergebnis der Haushaltsbefragung 2014. Danach sieht auch eine sehr deutliche Mehrheit der Gesamtbevölkerung in diesem Bereich die größten Sanierungsdefizite insgesamt. Ziel ist auch, für den Einzelhandel in der Hauptstraße nach Fertigstellung der Teil-Ortsumfahrung attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Nach Abschluss dieser Sanierungsmaßnahme ist jedoch eine Fortsetzung auch in anderen Gemeindeteilen möglich.

8. Wünsche und Anträge

Bürgermeister Markus Vollmer bat um das Wort: Um aufgekommene Irritationen infolge einer im Januar erschienenen Pressemeldung auszuräumen erklärte er, dass er entgegen der Meldung nach wie vor parteilos sei und wiederholte nochmals seine u. a. bereits beim Neujahrsempfang geäußerte Erklärung, sich für die im September stattfindende Bürgermeisterwahl bewerben zu wollen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurden einige Wünsche und Anfragen vorgebracht.

Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt